

Grußwort von Ministerin Irene Alt

Lebensfairläufe – Tagung zum Ersten Gleichstellungsbericht ‚Neue Wege – Gleiche Chancen‘ der Bundesregierung

Donnerstag, 10. Mai 2012, 11 Uhr,
Akademie der Wissenschaften und der Literatur,
Plenarsaal, Geschwister-Scholl-Straße 2, 55131 Mainz

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
es freut mich sehr, dass so viele von Ihnen den Weg zu unserer Fachtagung zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung gefunden haben.

Bedanken möchte ich mich zuallererst bei den **Mitgliedern der Sachverständigenkommission:**

- **Frau Professor Klammer**
- die gleichzeitig Vorsitzende der Kommission war –
- und **Herrn Professor Bosch,**

dafür dass sie zu uns gekommen sind und über das Gutachten berichten werden.

Dieser Dank gilt in gleicher Weise natürlich auch den Teilnehmenden an der anschließenden **Gesprächsrunde, Frau Bill, Herrn Muscheid und Herrn Simon** sowie **Frau Professor Pfarr** für die **Abschlussworte** und – last but not least – unserer **Moderatorin, Frau Becker**, die uns durch die Tagung führen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das **Gutachten zum Ersten Gleichstellungsbericht** ist in **gesellschaftspolitischer, rechtlicher und soziologischer Hinsicht** interessant. Die Autorinnen und Autoren haben die wesentlichen Politikfelder bearbeitet. Und sie haben dafür zahlreiche Expertinnen und Experten angehört und eine Vielzahl von Hearings und andere Veranstaltungen durchgeführt. Ich verstehe das Gutachten daher als eine **Ideensammlung**, die aufzeigt, wie eine moderne, gerechte und auch widerspruchsfreiere Gesellschaft aussehen kann. Auf der Grundlage einer **lebensverlaufsorientierten Betrachtung** hat das Autorenteam

ein **Leitbild für Chancengleichheit** entwickelt, das bisher im öffentlichen politischen Diskurs gefehlt hat.

Dabei werfen Sie eine ganze Reihe wichtiger Fragen auf:

- Wie wollen wir die **Arbeit** in den kommenden Jahren und Jahrzehnten **organisieren**?
- Wie soll die **Balance zwischen beruflicher Arbeit und Sorgearbeit**, wie jene **zwischen den Geschlechtern** gelingen?
- Welche **steuerrechtlichen, sozialrechtlichen und arbeitsrechtlichen Hindernisse** müssen wir beseitigen?

Das Gutachten **identifiziert Widersprüche und Fehlanreize** staatlicher Regelungen. Diese machen es den Bürgerinnen und Bürgern schlicht unmöglich, sich "richtig" zu verhalten.

Ich möchte dazu nur ein Beispiel nennen, das im Gutachten ausführlich beschrieben ist:

So sind nach geltendem **Unterhaltsrecht beide Geschlechter** aufgefordert, für den **eigenen Lebensunterhalt** selbst zu sorgen. Gleichzeitig **bevorzugt das Steuerrecht** aber das „klassische“ oder „veraltete“ **Modell** eines – meist männlichen – Hauptverdieners und einer – meist weiblichen – „Mitverdienerin“ in Teilzeit oder gar auf Minijobbasis und der ungünstigen Steuerklasse fünf.

Meine Damen und Herren,

so kann keine eigenständige Alterssicherung aufgebaut werden.

Dies ist angesichts des neuen Scheidungsrechtes und der bekannten Scheidungszahlen, aber vor allem **aus Gründen einer tatsächlichen Chancengleichheit** äußerst schlecht.

Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen das Gutachten als interessant bezeichnet. Das liegt auch daran, dass das Autorenteam sehr gründlich war. **Ihre Vorschläge und Anregungen begnügen sich nicht mit der Korrektur kleinerer Fehlanreize oder Fehlsteuerungen.**

Nein! Sie wollten von Anfang an mehr.

Bei dem Gutachten handelt es sich um einen **Entwurf für lang angelegte Handlungsempfehlungen**, die sich nicht von heute auf morgen realisieren lassen.

Wichtig erscheint mir bei einer lang angelegten Umsetzung, dass die Politik die grundlegenden Prämissen des Gutachtens aufnimmt und zu einem **widerspruchsfreien, konsistenten Gesamtplan** zusammenfügt.

Trotz gegenteiliger Ankündigung hat die **Bundesregierung bisher allerdings noch keinen Rahmenplan vorgelegt**.

Wenn wir Veränderungen erreichen wollen, brauchen wir dafür allerdings **nicht nur einen politischen sondern auch einen gesellschaftlichen Konsens**.

Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen:

Die im Gutachten beschriebene Weiterentwicklung der Balance zwischen Beruf und Sorgearbeit kann natürlich von der **Politik** durch die Setzung von **Rahmenbedingungen** beeinflusst werden. Aber die Politik kann hier Veränderungen, wie im Gutachten beschrieben, nicht alleine herbeiführen. Gerade hier, wie auch in vielen anderen Bereichen, sind für eine erfolgreiche und nachhaltige Umsetzung wirklich **alle Akteure** gefordert.

Meine Damen und Herren,

wir haben das Gutachten nicht nur gelesen, sondern auch versucht, daraus einen „**Forderungskatalog**“ bzw. „**Katalog von Vorschlägen**“ abzuleiten.

Insgesamt enthält das Gutachten über 80 verschiedene Vorschläge.

Die Mehrzahl richtet sich an den Bundesgesetzgeber, aber natürlich auch an die Landesparlamente, die Tarifparteien und an die Unternehmen.

Angesichts dieser Tatsache könnte man nun fragen:

Wie sieht die Rolle der rheinland-pfälzischen Landesregierung aus?

Wir könnten uns natürlich zurücklehnen und darauf warten, dass die Bundesregierung Initiativen startet und diese dann kommentieren.

Das entspricht aber nicht unserem Verständnis von Politik.

Daher werden wir uns das Gutachten sehr genau daraufhin anschauen, wo **Vorschläge** sind, die wir aufgreifen und in die politische Meinungsbildung einbringen können.

Die wichtigsten möchte ich Ihnen kurz vorstellen:

- 1. Wir werden die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern.**

Dazu werden wir viel Geld in die Hand nehmen, um gemeinsam mit den Kommunen z.B. die Kinderbetreuung auszubauen. Dafür stellen wir trotz Haushaltskonsolidierung in diesem Jahr rund 410 Millionen Euro bereit, im nächsten 440 Millionen Euro. Durch Verpflichtungsermächtigungen über insgesamt 17,5 Millionen Euro für 2012 und 2013 stellen wir den Kommunen weitere Mittel für den Ausbau von Kita-Plätzen zur Verfügung und unterstützen diese so zusätzlich. **Wir unterstützen auch Unternehmen bei der Einführung vereinbarkeitsfreundlicher Arbeitsbedingungen,** wir beteiligen uns an **Projekten** zur Unterstützung von Frauen, die nach der Familienphase wieder in das **Erwerbsleben zurückkehren** möchten. Und wir tragen zusammen mit dem Gesundheitsministerium **Projekte** zur Vereinbarkeit von **Beruf und Pflege**.

2. **Wir werden entschieden gegen das Betreuungsgeld vorgehen, das die schwarz-gelbe Bundesregierung einführen will.** Denn das Betreuungsgeld ist ein **bildungs- und frauenpolitischer Irrweg, integrationspolitisch ein Rückschritt** und zudem verfassungsrechtlich höchst fragwürdig. Statt Eltern Geld dafür zu geben, dass sie ihre Kinder zu Hause betreuen, sollten der Bund **mehr Mittel für die frühkindliche Bildung und den Ausbau der Betreuungsplätze** für Kinder unter drei Jahren bereit stellen. Studien belegen, dass jedes Jahr in der Kita zählt. Ein Krippenbesuch steigert die Wahrscheinlichkeit für Kinder, später aufs Gymnasium zu kommen um 14%.

3. **Und auch das liegt mir sehr am Herzen: Ich setze mich für eine verbindliche Frauenquote von mittelfristig mindestens 40% in Aufsichtsräten und Vorständen ein.**

Nach mehr als 50 Jahren Europäischer Gleichstellungspolitik haben wir erst einen **Frauenanteil von knapp 4% in den Vorständen der DAX-Unternehmen.** Die **Vorstände der TOP-200-Unternehmen** in Deutschland waren 2011 zu **88,8% rein männlich besetzt.**

Von insgesamt **942 Vorstandsposten** waren nur **28 von einer Frau besetzt.** Es gibt nur **eine einzige Vorstandsvorsitzende.**

Die freiwillige Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft vor 10 Jahren **hat daran nichts geändert.**

Mit einer Quote sollten wir es aber innerhalb einer Dekade schaffen, den

Frauenanteil in Vorständen und Aufsichtsräten schrittweise bis hin zu 40% und **vielleicht sogar bis zur paritätischen Besetzung** anzuheben.

Die von meinem Ministerium geförderte Informationsstelle Zeitzeichen, die zum Thema chancengerechte Arbeitswelt berät, hat seit 2011 den Schwerpunkt „Frauen in Führungspositionen“ und berät diesbezüglich Unternehmen in Rheinland-Pfalz.

4. Nach wie vor werden Frauen und Männer für gleiche oder vergleichbare Tätigkeiten unterschiedlich bezahlt. Auch das ist nicht hinnehmbar.

Unser rheinland-pfälzischer **Koalitionsvertrag betont die „Gleichberechtigte Teilhabe im Erwerbsleben“**. Dies ist auch für mich Verpflichtung. Denn **Leitgedanke** rheinland-pfälzischer Frauenpolitik ist die **eigenständige Existenzsicherung** von Frauen. Dazu gehört auch die **Einführung eines Mindestlohns**. In Großbritannien hat ein solcher Mindestlohn den Lohnabstand zwischen Frauen und Männern verringert. Der **Vorschlag der CDU für eine Lohnuntergrenze** geht mir allerdings **nicht weit genug**. Er schließt Branchen aus, in denen ein Tarif besteht. Aber es gibt auch Tarife, in denen Dumping-Löhne festgelegt sind.

5. Die Bundesregierung hat einen Gesetzesentwurf „zur Anerkennung der Lebensleistung in der Rentenversicherung“ vorgelegt. Diesen Entwurf werden wir kritisch diskutieren und begleiten.

Denn das Gutachten zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zeigt sehr deutlich, wie sich die Lebenswege und Erwerbsbiografien von Frauen auf die finanzielle Versorgung im Alter auswirken.

Wir werden wie bisher dabei auch auf **Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit** setzen. Für Ende des Jahres sind beispielsweise Veranstaltungen der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und der Verbraucherzentrale zur **privaten Altersvorsorge** geplant.

6. Wir werden das rheinland-pfälzische Landesgleichstellungsgesetz von 1995 novellieren. Das Gesetz hat seine Wirksamkeit bewiesen, aber es muss an **aktuelle Entwicklungen angepasst werden**, um die **Effizienz** im Sinne der Frauen zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, die genannten Felder sind explizit keine abschließende Aufzählung. Wo immer wir politischen Handlungsbedarf sehen und Chancen auf Realisierbarkeit bestehen, werden wir tätig. Diese Fachtagung heute in Mainz, die die **erste ihrer Art in Rheinland-Pfalz** ist, ist ein erster Schritt. Wir sind überzeugt, dass das Gutachten **auf allen Ebenen vorgestellt und diskutiert** werden sollte und nicht in der Schublade verschwinden darf.

Wir werden aber alles unternehmen, damit dies nicht geschieht!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich nun, in den **beiden nachfolgenden Beiträgen** von Frau Professor Klammer und Herrn Professor Bosch weiteres zum Gutachten zu hören.

Ich bin sicher, dass sowohl die **Vorträge** als auch die anschließende **Gesprächsrunde**, die Sie mit Ihren Fragen gerne bereichern dürfen, bei uns allen zu einem **noch tieferen Verständnis der komplexen Materie** beitragen werden.

Ich danke allen Teilnehmenden ebenso wie Ihnen, liebe Gäste, und wünsche uns allen **spannende Vorträge** und eine **lebhaft Diskussion**. **Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.**